

## **Berlin endet nicht am Tarifbereich B!**

Die Jungen Liberalen Lichtenberg-Marzahn-Hellersdorf fordern, den Geltungsbereich des kostenlosen Schülertickets für berliner Schülerinnen und Schüler auf den Tarifbereich ABC zu erweitern.

Begründung:

Der Großraum Berlin reicht weit über den Tarifbereich B hinaus. Dieser Lebensrealität vieler Berliner Schülerinnen und Schüler - insbesondere derjenigen, die im Berliner Umland leben - muss das Schülerticket Rechnung tragen.

---

## **Europäische Souveränität auch bei Rohstoffen**

Die Jungen Liberalen Lichtenberg-Marzahn-Hellersdorf fordern den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Rohstoffagentur.

Diese Agentur soll weltweit Rohstoffe handeln dürfen und mit dieser der europäischen Privatwirtschaft als neutraler Dienstleister zur Verfügung stellen.

Die Agentur soll insbesondere kritische Rohstoffe wie Indium, Germanium, Lithium und Seltene Erden zur Sicherstellung der Versorgung und der Produktionskapazitäten der Industrie im europäischen Wirtschaftsraum dienen. Die Verteilung durch die Agentur soll an Maßgaben der gegenseitigen Rücksichtnahme und die industriellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Mitgliedstaaten geknüpft werden.

Weiterhin soll im Rahmen dieser Agentur eine europäische Rohstoffreserve aufgebaut werden.

Begründung:

Der Bedarf der europäischen Industrie an Rohstoffen, insbesondere an Seltenen Erden, steigt kontinuierlich. Da Europa kaum über natürliche Vorkommen dieser nicht-substituierbaren Ressourcen verfügt, besteht eine zunehmende Abhängigkeit Europas gegenüber deren Lieferanten, vornehmlich der Volksrepublik China, welche mit einem weltweiten Produktionsanteil von rund 70% der Seltenen Erden im Jahr 2022 durch die Instrumentalisierung ihrer Rohstoffe bedeutenden politischen Druck auf Europa aufbauen kann.

Um diese Abhängigkeit zu reduzieren und der Volatilität Europas gegenüber der politischen Einflussnahme Chinas auf den weltweiten Rohstoffhandel entgegenzuwirken, ist die Etablierung einer gemeinsamen europäischen Rohstoffpolitik imperativ.

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/165/1916546.pdf>

---

## **Eigentum geht auch erschwinglich!**

Berlin ist eine Stadt der Mieter; die Wohneigentumsquote ist hier deutlich geringer als in anderen europäischen Metropolen. Um den Aufbau von Wohneigentum durch Berlinerinnen und Berliner zu fördern, fordern die Jungen Liberalen Lichtenberg-Marzahn-Hellersdorf die

Einführung eines staatlichen Eigenheimzuschusses nach Bremer Vorbild, getragen durch die Investitionsbank des Landes Berlin.

Entsprechend fordern wir, Menschen, die noch nicht über Wohneigentum verfügen, beim Erwerb oder Bau von Einfamilienhäusern, Doppelhaushälften, Reihenhäusern und Eigentumswohnungen bzw. bei der Umnutzung von ehemaligen Gewerbeimmobilien zur Eigennutzung als Wohnraum durch einen einmaligen Zuschuss von Seiten der IBB zu unterstützen; insbesondere wollen wir Mietkaufmodelle ermöglichen.

Bedingung für die Förderung ist der energetische Standard KfW 55 Effizienzhaus bei Neubauten bzw. Energieausweis mit Energieeffizienzklasse D bei Bestandsimmobilien.

Weist die Bestandsimmobilie eine schlechtere Energieeffizienzklasse aus, ist eine energetische Sanierung innerhalb eines Jahres nach Erwerb mit dem Ziel der Effizienzklasse B durchzuführen und nachzuweisen. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, ist der Förderbetrag vollständig zurückzuzahlen. Eigentumswohnungen mit einer schlechteren Energieeffizienzklasse als D werden nicht gefördert.

Gefördert werden nur Immobilien, deren Quadratmeterzahl die Bemessungsgrenzen der Bundesagentur für Arbeit für Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld nicht signifikant überschreiten.

Begründung:  
erfolgt mündlich

---

## **Änderungsanträge Leitantrag**

Ersetzung Z. 6:

“Sozialpolitik” durch “Sozial-, Integrations- und Sicherheitspolitik”

Einfügen nach “Sozialarbeiter” Z. 20:

“und Schulpsychologen”

Einfügen nach Z. 38:

- Flächendeckende schulpsychologische Versorgung

Weiterhin besteht die Notwendigkeit, auch für Kinder und Jugendliche eine hinreichende psychologische Versorgung gerade im schulischen Umfeld sicherzustellen.

Einfügen nach Z. 74:

Insbesondere die Vermittlung der deutschen Sprache als notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Schulbildung muss dabei im Vordergrund stehen. Deshalb muss in der Kita der Fokus auf die alltagsintegrierte Sprachförderung gelegt und der dafür notwendige Personalschlüssel unter Berücksichtigung der für die Sprachbildung notwendigen Vor- und Nachbereitungszeiten hergestellt werden.

Weiterhin fordern wir die Fortführung des Bundesprogramms “Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist”.

Einfügen nach Z. 83:

- das mehrgliedrige Bildungssystem zu erhalten

Chancengerechtigkeit hat nichts mit artifizieller Gleichmacherei zu tun. Um allen Kindern eine ihren Fähigkeiten entsprechende Schulbildung zu ermöglichen, sprechen wir uns für den Erhalt des zweigliedrigen Oberschulsystems bestehend aus Gymnasium und Integrierter Sekundarschule aus.

Einfügen nach Z. 157

- die Bildung einer Berliner Verkehrswacht nach dem Vorbild der Münchner U-Bahn-Wacht mit Ausnahme der Einschränkung hinsichtlich der Führung von Schusswaffen.

Die Sicherheitslage im Berliner ÖPNV ist mangelhaft. Folglich ist die Einrichtung eines einheitlichen Sicherheitsdienstes vonnöten, der niedrigschwellig und für alle Passagiere in Gefahr einfach zu erreichen ist.

Z. 175: einfügen:

- die konsequente Rückführung abschiebepflichtiger Ausländer.

Wir wollen jedem die Chance geben, sich in die deutsche Gesellschaft einzubringen, der Willens ist, sich zu integrieren. Voraussetzung dafür ist es jedoch notwendig, geltendes Recht gegenüber abschiebepflichtigen und nicht erwerbstätigen Ausländern durchzusetzen. In diesem Kontext fordern wir auch die konsequente Anwendung des EU-Rechts zur Rückführung straffällig gewordener EU-Bürgern auf Grundlage der Regelausweisung gem. § 47 Ausländergesetz.